

Streit um Kosten für NATO-Gipfel – Finanzminister Stächele vergisst Baden-Baden

Baden-Baden/Stuttgart, 06.01.2009, 12:56 Uhr Die große Party zum 60jährigen NATO-Jubiläum wird in Baden-Baden und Straßburg stattfinden. Nun entbrennt wohl ein Streit, wer die vermutlich mehr als 50 Millionen Euro Kosten für die Feier auf deutscher Seite übernimmt. Willy Stächele ließ heute erklären, dass der NATO-Gipfel eine Veranstaltung sei, für die der Bund aufkommen müsse. «Die Veranstaltung des NATO-Gipfels dient ganz ohne Zweifel dem gesamtstaatlichen und verteidigungspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland und müsste damit auch eine Kostentragungspflicht des Bundes auslösen», so der Minister und eröffnet damit ein peinliches Gerangel um die Kostenübernahme für das weltweit bedeutsame Mega-Ereignis. Nach derzeitigen Schätzungen werde der NATO-Gipfel mindestens 50 Millionen Euro kosten. Da alle Eventualitäten in der Sicherheitsplanung berücksichtigt werden müssten, sei ein Kostenanstieg wahrscheinlich, wird Finanzminister Stächele in einer Erklärung des Finanzministeriums von heute zitiert. Diese Begegnung entspräche einem nationalen Anliegen und müsse daher auch in der Gesamtfinanzverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland einmünden. Die vom Bund aus dem Grundgesetz abgeleitete alleinige Kostentragungspflicht des Landes für polizeiliche Schutzmaßnahmen sei daher zweifelhaft, heißt es aus dem baden-württembergischen Finanzministerium weiter. «Der Bund muss eine klare Aussage zur Finanzierung des NATO-Gipfels treffen. Es dürfen die Dinge jetzt nicht einfach laufen gelassen werden, um anschließend die Rechnungen über Baden-Württemberg auszuschütten», so Stächele. Es seien derzeit viele Vorabverpflichtungen einzugehen, so dass die «finanzielle Schweigsamkeit» des Bundes so nicht hinnehmbar sei, heißt es weiter. «Es werde schließlich im Großraum der Region Ortenau der Bevölkerung schon einiges an Opfern und Einschränkungen abverlangt, was letztendlich im Interesse der Sache hingenommen werden», heißt es abschließend in der Erklärung des aus Oberkirch stammenden Finanzministers. In der großen Aufregung hat der Finanzminister offenbar übersehen, dass der große Teil des NATO-Gipfels auf deutscher Seite nicht wie ursprünglich geplant in der Ortenau, sondern in Baden-Baden stattfindet. In der gesamten Erklärung ist Baden-Baden mit keinem Wort erwähnt.